

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2024
in der Stadtverordnetenversammlung vom
13.05.2024



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Schlimmer geht immer“, wie schon das Sprichwort sagt.

Obwohl bereits mehrfach angemahnt, wurden auch in diesem Jahr Änderungen in Vorlagen für den Haushaltsentwurf nicht gekennzeichnet. Damit erschwert man den Stadtverordneten ihre eigentliche Aufgabe und sorgt weder für Transparenz, noch zeugt es von Wertschätzung. Im Gegenteil möchte man darin ein System erkennen, die Stadtverordneten mit Nebensächlichkeiten ihre Zeit verplempern zu lassen. Daneben gibt es die erwartbaren Rechenfehler und handwerklichen Mängel.

Wie sehr der Leiter der Finanzabteilung mitunter danebenliegt, zeigte sich in der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten:

Mehrfach hatte er in der Öffentlichkeit geäußert, ein Eigenbetrieb der Freiherr-vom-Stein Schule durch die Stadt böte seiner fachlichen Bewertung nach ein enormes Sparpotential, was die Stadtverordneten aber unverständlicherweise nicht nutzen wollten. Aufgrund dessen stellten wir den Antrag, mit Ergänzungen und Unterstützung der Kollegen, beim Kreis Bergstraße die entsprechenden Zahlen einzuholen. Es stellte sich heraus, daß die laufenden Unterhaltungskosten jährlich mit ca. 1,2Mio € in etwa genauso hoch sind, wie die jährliche Schulumlage, welche wir an den Kreis zahlen. Ersparnis also: Null. Auf unsere Nachfrage stellte sich auch noch heraus: Die Schulumlage an den Kreis wäre auch bei einem Eigenbetrieb durch die Stadt in gleicher Höhe weiter zu zahlen. Jährliche Kosten bei Eigenbetrieb also: Doppelt! Von den Kosten für den Erwerb der Gebäude in zweistelliger Millionenhöhe, die daraus folgende Alleinfinanzierung der Sporthalle durch die Stadt wollen wir gar nicht anfangen. Anstatt einer Rüge an den Finanzchef, ohne entsprechende Kenntnis der Zahlen falsche Äußerungen in der Öffentlichkeit getätigt zu haben, entschuldigt sich der Bürgermeister, wohlgermerkt nicht der Verursacher. Fast schon möchte man eine Nachricht an den Landrat für die völlig unnötig entstandene Arbeit für sein Büro schicken. Denn letztlich war der Antrag allein der Unterstellung des Finanzchefs geschuldet, die Stadtverordneten würden seine fachlich fundierten Vorschläge ignorieren. Ein Irrtum, wie sich nun gezeigt hat.

Nachdem die Ausgaben mit dem Neubau der Kindertagesstätte, dem geplanten Neubau der Vierburgenhalle, dringend notwendigen Sanierungen des Wasser-- und Abwassersystems den städtischen Haushalt bereits stark belasten, kommen nun enorm gestiegene Personalkosten hinzu. Obwohl die Stadtverordneten seitens des Magistrates zugesichert bekamen, die erstellten Stellenbewertungen und daraus resultierende Höhergruppierungen vorgestellt zu bekommen, weigert sich der Bürgermeister als Vorsitzender des Magistrates seit längerem beharrlich, dies zu tun, ohne daß ein gültiger Beschluß des Magistrates für eine solche Weigerung vorliegt. Damit handelt er im Widerspruch zu vorgenannter Zusicherung.

Es besteht Einigkeit darüber, daß eine entsprechende Tätigkeit angemessen entlohnt wird. Es gibt aber Fälle, bei denen zumindest Zweifel an der erfolgten Bewertung bestehen. Wir werden deshalb auf Einsichtnahme in die Unterlagen nicht verzichten.

Die erheblichen Mehrausgaben von ca. 600.000€ für höhere Lohngruppen werden langfristig durch eine Reduzierung des Personals auszugleichen sein. Angefangen damit, alle bis zum heutigen Tag nicht besetzten Stellen, außer im Sozial- und Erziehungsdienst ersatzlos zu streichen. Des weiteren, freiwerdende und befristete Stellen ohne Zustimmung der Stadtverordneten nicht mehr neu zu

besetzen. Hierdurch eröffnet sich die Möglichkeit, Aufgaben innerhalb des Rathauses neu zu verteilen und damit Stellen einzusparen.

Ausnahme wäre die Einstellung des schon im letzten Jahr geplanten Klimaschutzbeauftragten, um mögliche Einsparpotentiale ausmachen zu können. Leider ist uns nicht bekannt, ob die Stelle noch nicht besetzt ist, weil sie nicht ausgeschrieben wurde oder niemand gefunden werden konnte.

Die größte Chance auf signifikante Einsparungen liegt für uns in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Hirschhorn. Neben dem bisher bestehenden gemeinsamen Ordnungs- und Standesamtsbezirk ließen sich durch einen gemeinsamen Bauhof und Zusammenlegung weiterer Verwaltungsaufgaben Ausgaben verringern.

Die geplante Bebauung des Geländes der ehemaligen Lederfabrik begrüßen wir grundsätzlich als Lückenschluß. Die derzeitige Planung weist für uns aber erhebliche Bedenken auf. Wenn es bei dem Konzept des geplanten Geschosswohnungsbaus bleiben sollte, wäre die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes wichtig für uns. Der Bauträger lehnt dies mit Verweis auf fehlende Wirtschaftlichkeit ab. Vielmehr würden lt. seiner Aussage erfahrungsgemäß ca. 50% der entstehenden Wohnungen an ortsfremde Kapitalanleger veräußert, welche selbstredend entsprechende Renditen einkalkulierten. Das kann unser Anliegen nicht sein. Die geplante Tiefgarage unterhalb des Grundwasserspiegels und mit Teilen der Zufahrt im Hochwasserbereich kann aufgrund des dadurch steigenden Hochwasserrisikos entlang der Steinach unserer Meinung nach so nicht umgesetzt werden. Tiefgaragen zeichnen für ca. 1/3 der Baukosten verantwortlich. Durch den hier erforderlichen erhöhten Aufwand im Grundwasserbereich, rückt bezahlbarer Wohnraum in noch weitere Ferne. Die derzeit geplanten Geschoßhöhen fügen sich zudem in keiner Weise in das Stadtbild Neckarsteinachs ein, sondern stören die historische Ansicht der Burgen, weshalb auch die Denkmalbehörde Einwände erhoben hat. Wer sich die Ausmaße schwer vorstellen kann, sollte sich ein historisches Foto der alten Lederfabrik aus den 60er Jahren ansehen und das mal vier. Mit ca. 160 geplanten Wohnungen auf kleinstem Raum stellt sich zwangsläufig die Frage nach ausreichender Infrastruktur. Falls der bestehende Abwasserkanal in der Schönauer Straße nicht ausreichend ist, würde eine Vergrößerung erhebliche finanzielle Belastungen für die Anlieger verursachen.

Es wäre stattdessen zu prüfen, bis zu welcher Bebauungsdichte der Kanal ausreichend dimensioniert ist, auch die Anzahl der Kindergärten und Schulplätze ist zu berücksichtigen. Danach ist die Planung auszurichten.

Das Kerngeschäft des Bauträgers sind Reihen- und Einzelhausbebauung. Diese wäre unter Berücksichtigung der genannten Faktoren einem überdimensionierten Geschosswohnungsbau vorzuziehen. Damit ergäbe sich keine Verschärfung der Hochwassersituation, keine Überlastung der vorhandenen Infrastruktur oder Folgekosten für deren Erweiterung und keine gestalterischen Fehlplanungen im Stadtbild.

Der Bau des Radweges über das Gelände des Bauträgers geht äußerst schleppend voran. Unserer Meinung nach hätte eine Führung des Radweges über den Hirtweg neben der deutlich günstigeren Kosten auch die unglückselige Vermischung von Interessen im Falle der Bebauung der alten Lederfabrik vermieden. Daher hatten wir uns bei der jetzigen Variante enthalten. Entgegen der Zusicherung des Bauträgers vor einigen Monaten, das Gelände des geplanten Radweges unmittelbar an die Stadt zu übertragen und damit Planungssicherheit zu gewährleisten, ist dies bis heute nicht geschehen. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, eine Übertragung des Geländes ist mit der geplanten Aufstellung des Bebauungsplanes verknüpft. Fördergelder für den Radwegbau unterliegen einer gewissen zeitlichen Begrenzung. Falls eine Übertragung nicht oder zu spät stattfinden würde, wären die vorab verausgabten Planungsgelder mitunter verloren. Wer wäre für diesen Verlust verantwortlich? Darauf hatten wir bereits hingewiesen, aber kein Gehör gefunden. Wir werden die Entscheidung über Verträglichkeit und Gestaltung der Bebauung des Grundstückes jedenfalls nicht von der Möglichkeit eines Radweges entlang der Steinach abhängig machen.

Zum Thema Trinkwasserversorgung:

Nachdem die Stadtverordneten kürzlich informiert wurden, daß bei der Probebohrung in ca. 280m Tiefe Wasser gefunden wurde, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen ein nachhaltiges Wasserkonzept zu entwickeln. Bevor ein Ausbau eines Tiefbrunnens in Millionenhöhe vorangetrieben wird, müssen erst alle anderen Möglichkeiten geprüft und abgewogen werden. Die Förderung von Tiefenwasser ist energieaufwändig und es wird Wasser anzapft, dessen Neubildung Jahre bis Jahrzehnte dauern kann. Schließlich liegen wir in einem wasserreichen Gebiet mit vielen Quellen, die bisher unzureichend genutzt werden. Die Lage der Probebohrung liegt außerdem nahe an einem bestehenden Wasserschutzgebiet und eine Förderung könnte auf die angrenzenden Quellen Auswirkungen haben, was letztlich kontraproduktiv wäre.

Alles in allem stehen vielfältige Entscheidungen an, welche die finanzielle Situation der Stadt Neckarsteinach strapazieren werden. Umso mehr müssen alle Seiten Verständnis entwickeln, wenn die Stadtverordneten jeden Wunsch auf den Prüfstand stellen müssen. Dies tun wir Grüne immer mit der Maßgabe, die Gesamtheit der Bürger vor ausufernden Kosten zu schützen.

Vielen Dank

i.V. Fraktion Bündnis 90 – Die Grünen
Silke Jooß
Fraktionsvorsitzende